

APD INFORMATIONEN

DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Zentralausgabe für Deutschland

April 2015
32. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

DEUTSCHLAND	Begegnung überwindet Angst vor dem Fremden	2
	Adventistischer Jugendkongress in Mannheim	2
	Kirchengemeinden als Ort der Heilung?	2
	Zivilcourage statt Wegschauen	3
	„Sterben in Würde“	4
INTERNATIONAL	Religionen als Ressource für den gesellschaftlichen Frieden	5
	Adventisten kondolieren den Angehörigen des Flugzeugabsturzes.....	7
	Präsident der weltweiten Adventisten und UN-Generalsekretär im Gespräch	7
	Neuer Allianzvorsitzender in Österreich.....	8
	Nigeria: Trauriger Jahrestag – 232 entführte Mädchen bleiben verschollen	8
	Adventisten spendeten 2014 weltweit fast 2,4 Milliarden Dollar für allgemeine Kirchenaufgaben	9
	Auch nach acht Jahren noch kein Urteil im Malatya-Mordprozess	11
	Adventisten verurteilen fremdenfeindliche Gewalt in Südafrika	12
	Verband evangelischer Frauen in Italien wählt Adventistin zur Präsidentin	12
ENTWICKLUNG	Menschenrechtsorganisation erhebt schwere Vorwürfe gegen UNHCR.....	13
	Drei Jahre Winterhilfe von ADRA für 95.000 Flüchtlinge im Mittleren Osten	13
	53 Adventgemeinden in Vanuatu zerstört	14
	ADRA Nigeria versorgt Flüchtlinge entlang der Vertreibungsfront	14
	Nothilfe von ADRA Nepal und Erste Hilfe durch adventistisches Krankenhaus.....	15
KULTUR	Bei Kirchenwechsel Menschen mit Achtung ihrer Entscheidung begleiten.....	15
	Erteilung von evangelischem Religionsunterricht durch freikirchliche Lehrkräfte	17
	„Spott über Gott“ - Religionskritik im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Terrorgefahr	18
	Kritik am „Gender-Gaga“: Birgit Kelle über die neue Leitlinie zur Geschlechterpolitik	18
	„Auf die Lehrer kommt es an“	19
MEDIEN	Ganz Mensch sein.....	20
	Impressum	21

DEUTSCHLAND

Begegnung überwindet Angst vor dem Fremden

Kirchenvorstand der Methodisten verabschiedet Wort zur „Begegnung in einer multireligiösen Welt“

Frankfurt am Main/APD Der Kirchenvorstand der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) ruft seine Gemeinden in Deutschland dazu auf, „das Gespräch mit muslimischen Mitmenschen zu suchen“ und sich dadurch „bereichern zu lassen“.

Auf Anregung der „Kommission für ökumenische Beziehungen“ verabschiedete der Kirchenvorstand der EmK ein Wort zur „Begegnung in einer multireligiösen Welt“. Darin wird methodistischen Gemeinden empfohlen, „derzeit vor allem das Gespräch mit Menschen muslimischen Glaubens zu suchen und zu pflegen“. Aufgrund terroristischer Verbrechen gebe es einen Trend, Muslime pauschal zu verdächtigen und den Islam als Gewalt fördernde Religion anzusehen. Dem könne man nur entgegentreten, „indem wir das Gespräch mit muslimischen Mitmenschen suchen“. Da es für Muslime selbstverständlich sei, ihren Glauben zu bezeugen, könne dies auch für Christen eine Chance sein, „das eigene Glaubensprofil zu schärfen und von Christus Zeugnis abzulegen“. Mit dem Wort an die Gemeinden will der Kirchenvorstand dazu ermutigen, die „Begegnungen mit Muslimen zu verstärken und sich durch den damit möglichen Zuwachs an Wissen über den eigenen Glauben und den des anderen bereichern zu lassen“.

„Methodisten verstehen sich als Brückenbauer, die sich für das Gemeinwohl einsetzen“, kommentierte Bischöfin Rosemarie Wenner die Verabschiedung des Wortes. Sie ermutigte die methodistischen Gemeinden, auf Mitmenschen zuzugehen, die einer anderen Religion angehörten. „Die Angst vor dem Fremden wird durch Begegnungen überwunden“, betonte Wenner. So lerne man andere Religionen kennen und auch über den eigenen Glauben zu reden.

Adventistischer Jugendkongress in Mannheim

Mannheim/APD Bereits zum 9. Mal fand der „Youth in Mission Congress“, ein Jugendkongress, der von der Landeskörperschaft Baden-Württemberg der Freikirche der Siebenten-Tags-

Adventisten zusammen mit fast 500 Ehrenamtlichen getragen wird, in Mannheim statt. Rund 1.800 junge Menschen aus dem In- und Ausland kamen vom 2. bis 6. April über die Osterfeiertage zu Vorträgen, Workshops und gemeinsamen Aktionen zusammen.

Der Kongress stand unter dem Motto „MitMenschen“. „Wir wollen uns dieses Mal nicht nur Gedanken machen, wie wir Menschen einladen können, sondern auch, wie wir für unsere MitMenschen da sein können“, teilten Pastor Marc Engelmann und Jugendreferentin Astrid Müller von der Gesamtleitung mit. Daher wurden neben Vorträgen in der Kongresshalle auch über 40 Workshops zu unterschiedlichen Themen sowie Aktionen außerhalb des Kongressgeländes angeboten. Ziel sei gewesen, die Mitmenschlichkeit untereinander aber auch der Stadt Mannheim zu fördern und zu unterstützen. Nach Engelmann betrug der Altersdurchschnitt der 868 teilnehmenden Frauen und 906 Männer 24 Jahre.

Kirchengemeinden als Ort der Heilung?

2. Adventistischer Gesundheitskongress

Bischofsgrün/APD Vom 13. bis 17. Mai findet in Bischofsgrün (Landkreis Bayreuth) der zweite adventistische Gesundheitskongress statt. Unter dem Generalthema „Adventgemeinde – Ort der Heilung?!“ soll es um die Frage gehen, welchen Beitrag Kirchengemeinden heute zur Gesundheitsförderung leisten können. Mit seinem reichhaltigen Angebot an Referaten und Workshops richtet sich der Kongress sowohl an medizinisches Personal als auch an Pastoren, Seelsorger und an Gesundheit Interessierte.

Der Mensch sei ein ganzheitliches Wesen und müsse deshalb auch im ganzheitlichen Sinne wahrgenommen, diagnostiziert und behandelt werden, stellten Dr. med. Ruedi Brodbeck, Bernd Wöhner und Benjamin Rohde vom Leitungsteam des Kongresses fest. Veranstaltet wird der Gesundheitskongress vom Deutschen Verein für Gesundheitspflege e. V. (Ostfildern) in Kooperation mit der Liga Leben und Gesundheit in Österreich und der Schweiz.

Nach Angaben des Veranstalters zeigten die großen Lebensstilstudien seit einigen Jahren, dass Gesundheit nicht nur durch richtige Ernährung und ausreichend Bewegung gefördert werde, sondern zunehmend die „weichen Faktoren“ an Bedeutung gewinnen würden. Dazu zählten insbesondere das soziale Netz mit gesunden Beziehungen, Vertrauen, optimistisches Denken und ein hoffnungsvoller Blick in die Zukunft.

Gerade Kirchengemeinden könnten hier eine wichtige Aufgabe übernehmen. Sie könnten Orte der Seelsorge, Zuversicht und der Heilung sein.

Der zweite adventistische Gesundheitskongress will sich diesen Inhalten von unterschiedlichen Seiten nähern. Dazu werden Referate und Workshops zu Themen wie „Gemeinde – Krankenhaus oder Club der Heiligen? Eine Standortbestimmung“, „Was kann Gemeinde zur Heilung beitragen?“ oder „Wie trägt Glaube zur Resilienz bei?“ angeboten. Darüber hinaus sollen Diskussionen, aber auch der Gedankenaustausch in der Begegnung mit anderen Kongressteilnehmern zu interessanten Schlussfolgerungen führen. Weitere Informationen unter: <http://www.dvg-online.de/Aktuell/Gesundheitskongress.html>

Zivilcourage statt Wegschauen

Zum 70. Todestag von Dietrich Bonhoeffer

Ostfildern/APD Vor siebzig Jahren, am 9. April 1945, wurde Dietrich Bonhoeffer ermordet, weil er als „frommer Rebell“ dem Naziterror widersprach. Nicht nur in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wird des Pfarrers gedacht, der kurz vor Kriegsende hingerichtet wurde und dessen Worte bis heute wirksam sind.

„Bonhoeffer bleibt eine Inspiration für jene, die sich in Situationen von Unterdrückung und Gewalt für die Menschenwürde einsetzen“, betonte Heinrich Bedford-Strohm, Vorsitzender des Rates der EKD und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern. Viele Sätze Bonhoeffers prägten die evangelische Kirche bis heute: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist“, sei einer dieser Sätze. Auch für den Ratsvorsitzenden wäre er von besonderer Bedeutung: „Bonhoeffer kann uns erinnern, dass wir uns nicht bequem einrichten dürfen, sondern auch die kritische Kraft des Evangeliums in der Gesellschaft zur Sprache bringen müssen.“

Doch Dietrich Bonhoeffer sei nicht nur ein Rebell gewesen. Bis heute trösteten seine Worte. Auf unzähligen Beerdigungen singen Menschen „Von guten Mächten treu und still umgeben, behütet und getröstet wunderbar.“ Bonhoeffer schrieb dieses Gedicht im Gefängnis und mache deutlich: wer bereit sei, sich seiner existentiellen Not zu stellen und davon zu erzählen, könne auch andere Menschen in ihrer Not trösten. „Im Glauben daran, dass wir trotz allem gehalten sind, sind wir bis heute mit Bonhoeffer verbunden und können uns von seinen Worten trösten und stärken lassen“, sagte Heinrich Bedford-Strohm.

Bonhoeffer ein Vorbild der Zivilcourage

Laut Holger Teubert, stellvertretender Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, sei Dietrich Bonhoeffer auch für Adventisten ein „Vorbild der Zivilcourage als Merkmal christlicher Integrität“. Mit diesen Worten habe bereits im letzten Jahr Johannes Hartlapp, Dozent für Kirchen- und Religionsgeschichte sowie Ökumenik an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, den evangelischen Pfarrer und Widerstandskämpfer gewürdigt. In seinem Artikel in der Zeitschrift „Adventisten heute“, Januar 2014, schrieb Hartlapp, dass spätestens in Situationen, bei denen die Normen und Gesetze des Staates im Widerspruch zum Willen Gottes stünden, so wie er in der Bibel festgehalten sei, gebe es für Christen einen offenen Konflikt. Das allgemeine Verhalten der Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus, auch der Adventisten in Deutschland, sei ein trauriges Beispiel dafür. Nur wenige hätten in den Jahren des NS-Regimes die Ursachen des Gewissenskonfliktes durchschaut. „Einer von ihnen war Dietrich Bonhoeffer.“

In seinen Notizen „Nach zehn Jahren“ zur Jahreswende 1942/43 habe der damals 36-Jährige versucht, sich selbst Rechenschaft über sein Verhalten während der Hitler-Diktatur zu geben, so Hartlapp. Er habe die Frage gestellt, warum Christen oft wenig Rückgrat bewiesen indem sie bereit seien, ihr gesundes Empfinden von Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit zu knebeln und versuchten, sich „heroisch aus der Affäre“ zu ziehen. Im Blick auf seine Zeit fragte Bonhoeffer: „Wer hält stand?“ Seine Antwort: „Allein der, dem nicht seine Vernunft, sein Prinzip, sein Gewissen, seine Freiheit, seine Tugend der letzte Maßstab ist, sondern der dies alles zu opfern bereit ist, wenn er im Glauben und in alleiniger Bindung an Gott zu gehorsamer und verantwortlicher Tat gerufen ist.“

Doch Zivilcourage betreffe jeden, unterstrich Hartlapp. „Verantwortliches Handeln dokumentiert, dass wir die Bahnen der eigenen Selbstgefälligkeit zu verlassen bereit sind und nicht versuchen uns ‚heroisch aus der Affäre‘ zu ziehen.“ Bonhoeffer habe aus seiner eigenen Erfahrung sagen können, dass es die Bindung an Gott und sein Wort war, die ihm half, verantwortlich zu handeln. „Bis heute ist er ein Vorbild für glaubhaftes Christsein.“ Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten viele ethische Normen einer allgemeinen Beliebigkeit zum Opfer gefallen seien, würden bis heute an bekennende Christen immer noch andere Maßstäbe angelegt. „Einer davon ist Mut, für seine Überzeugung einzustehen“, hob Harlapp hervor.

In den Liederbüchern der Siebenten-Tags-Adventisten „Wir loben Gott“ (1982) und „Leben aus der Quelle“ (2004) ist das Lied „Von guten Mächten treu und still

umgeben“ zu finden, zu dem Dietrich Bonhoeffer den Text schrieb, informierte Teubert.

Politisches Handeln theologisch begründet

Dietrich Bonhoeffer wurde am 4. Februar 1906 in Breslau geboren. Am 9. April 1945 wurde er – wenige Wochen vor Kriegsende – im Konzentrationslager Flossenbürg hingerichtet. Bonhoeffer hatte während des Dritten Reichs der nationalsozialistischen Ideologie widersprochen und gehörte zum Kreis derer, die das Attentat am 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler vorbereitet haben. Dabei hat er sein politisches Handeln immer theologisch begründet. Er hat ein umfangreiches theologisches Werk hinterlassen. Seine Briefe und Texte aus der Zeit der Haft (1943-1945) sind nach dem Krieg unter dem Titel „Widerstand und Ergebung“ und „Brautbriefe – Zelle 92“ veröffentlicht worden.

„Sterben in Würde“

„Woche für das Leben“ 2015 zum Umgang mit schwerstkranken und sterbenden Menschen

Bonn u. Hannover/APD Seit über 20 Jahren ist die „Woche für das Leben“ die ökumenische Aktion der evangelischen und römisch-katholischen Kirche für den Schutz und die Würde des Menschen vom Lebensanfang bis zum Lebensende. In diesem Jahr fand die „Woche für das Leben“ deutschlandweit vom 18. bis zum 25. April statt. Unter dem Jahresthema „Sterben in Würde“ befasste sich die Aktion mit der gesellschaftlichen und politischen Debatte zum assistierten Suizid sowie dem Umgang mit schwerstkranken und sterbenden Menschen.

Meinungsumfragen hätten ergeben, dass unter den Zukunftsängsten die Sorge, im Alter zu einem Pflegefall zu werden, besonders groß sei, so die Veranstalter der alljährlichen „Woche für das Leben“. Große Unsicherheit bestehe bei einer schweren Krankheit mit jahrelanger medizinischer Dauerversorgung und einer unpersönlichen Klinikroutine. Dabei käme eine große Angst vor langem Schmerz hinzu.

Angst vor einem menschenunwürdigen Sterben

Dass Menschen früher oder später sterben, gehöre zum Menschsein. Daher sei es weniger die Angst vor dem Tod, die Zukunftssorgen auslösten, sondern die viel größere Angst vor einem menschenunwürdigen Sterben. Das Thema „Sterben in Würde“ wäre inzwischen ein gesellschaftsweites Diskussionsthema. Hierbei gingen die Meinungen zwischen den Befürwortern eines selbstbestimmten Sterbens – sei es durch Suizid, assistierten Suizid oder Tötung auf Verlangen – und den

Gegnern einer gezielten Verkürzung des Lebens eines Menschen weit auseinander. In ethischer Hinsicht wäre es sinnvoll, zwischen Sterbebegleitung und Tötung zu unterscheiden.

Das vorliegende Themenheft „Sterben in Würde“ der „Woche für das Leben“ 2015 lege vor allem Wert darauf, die Auffassung der Kirchen über den Wert und die Würde des menschlichen Lebens erneut hervorzuheben und auf einen liebevollen Umgang mit sterbenden Menschen zu verweisen. Das Themenheft möchte dazu beitragen, sich aus christlicher Sicht mit der Frage „Sterben in Würde“ auseinanderzusetzen. Dazu gehöre, sich den bleibenden Wert des menschlichen Lebens auch an seinem Ende vor Augen zu führen. Es wäre ein Armutszeugnis für die Kirchen, wenn der Wunsch, seinem Leben selbstbestimmt ein Ende zu setzen, nur deshalb entstünde, weil sich Menschen allein gelassen fühlten. Das Themenheft und weitere Informationen sind im Internet unter www.woche-für-das-leben.de zu finden.

Adventisten – Schmerzen lindern aber kein „Gnadentod“

Auch für die Siebenten-Tags-Adventisten sei „Sterben in Würde“ ein Thema, so der stellvertretende Pressesprecher der Freikirche in Deutschland, Holger Teubert. Ihr Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) unterhalte zur Begleitung schwer kranker, sterbender Menschen und ihrer Angehörigen Hospize in Uelzen und Lauchhammer im Süden Brandenburgs, sowie einen ambulanten Hospizdienst mit „Trauercafé“ in Berlin-Charlottenburg. Schon 1992 habe der Exekutivausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Adventisten eine „Konsenserklärung über die Betreuung Sterbender“ beschlossen. Aus ihr gehe hervor, dass die Freikirche einen ethischen Unterschied mache zwischen dem Verzicht auf lebensverlängernde medizinische Maßnahmen, die nur das Leiden verlängern und den Tod hinauszögern, und dem Eingreifen mit dem Ziel, das Leben des Patienten aktiv zu beenden. So sei es nicht notwendig, alle nur möglichen medizinischen Behandlungen vorzunehmen oder anzubieten, die lediglich den Vorgang des Sterbens verlängerten.

In der Konsenserklärung der adventistischen Weltkirchenleitung heißt es unter anderem: „Obwohl die christliche Liebe dazu führen kann, medizinische Maßnahmen, die Leiden vergrößern oder das Sterben verlängern, zurückzuhalten oder zu beenden, praktizieren Siebenten-Tags-Adventisten jedoch keinen ‚Gnadentod‘ oder Hilfe zur Selbsttötung.“ Ergänzend werde, laut Teubert, hervorgehoben: „Die christliche Barmherzigkeit schließt Hilfe für Leidende ein. Beim Dienst an Sterbenden gehört es zur christlichen Verantwortung, Schmerzen und Leiden so weit wie möglich zu lindern. Das schließt jedoch nicht die aktive Sterbehilfe ein.“

100 Jahre Völkermord an Armeniern: zentrale Gedenkfeier in Baden- Württemberg

Stuttgart/APD Zum 100. Gedenkjahr des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich fand am 24. April auch in Baden-Württemberg eine zentrale Gedenkfeier statt. Repräsentanten des Landes, der Stadt Stuttgart, der beiden großen Kirchen und der Armenischen Gemeinde Baden-Württembergs erinnerten an den ersten systematischen Völkermord der Moderne, dem schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Mehrere Hundert armenische Intellektuelle – Dichter, Musiker, Parlamentsabgeordnete und Geistliche – seien am 24. April 2015 im heutigen Istanbul verhaftet, deportiert und ermordet worden, erinnerte Dr. Diradur Sardaryan, Pfarrer der Armenischen Gemeinde Baden-Württemberg. Das sei der Auftakt zu einem Menschheitsverbrechen gewesen. In ihren Grußworten drückten Fritz Kuhn, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Brigitte Lösch, Landtagsvizepräsidentin, Bernhard Lasotta, Mitglied des Landtages, Heinz Detlef Stäps, Domkapitular der Diözese Rottenburg Stuttgart und Landesbischof Frank Otfried July Anteilnahme und Solidarität mit den Opfern und ihren Nachfahren aus. Auch die Mitverantwortung des Deutschen Reiches am Genozid kam zur Sprache.

Professor Dr. Manfred Aschke-Lepsius erläuterte in seiner Gedenkrede die historischen Zusammenhänge in Bezug auf das armenische Volk. „Aber der 24. April ist nicht nur ein Tag der Trauer“, betonte Aschke-Lepsius. Er sei auch ein Tag der Freude über die Rettung und Wiederauferstehung des armenischen Volkes. Aschke-Lepsius ist ein Enkel von Johannes Lepsius, der durch seine zeitgenössische Dokumentation des Völkermords an den Armeniern bekannt wurde.

Auch Adventisten waren von diesem Völkermord vor 100 Jahren betroffen. Nach Aussage von Pastor Holger Teubert (Ostfildern), stellvertretender Mediensprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, habe es bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf dem Gebiet der heutigen Türkei rund 350 Adventisten gegeben, die hauptsächlich armenischer Herkunft gewesen seien. Von ihnen hätten 167 in den nachfolgenden Jahren ihr Leben verloren. Wer nicht gleich umgebracht wurde, sei auf Todesmärschen gestorben.

INTERNATIONAL

Religionen als Ressource für den gesellschaftlichen Frieden

Basel/Schweiz/APD Religionen würden spätestens nach dem 11. September 2001 von der Öffentlichkeit als negative oder als Konflikte fördernde Faktoren wahrgenommen, sagte Detlef Lienau, Theologischer Studienleiter bei „mission 21“, bei der Einführung zur Fachtagung „Religionen als Ressource für den gesellschaftlichen Frieden“. Die vom evangelischen Missionswerk „mission 21“ am 23. März in Basel organisierte Tagung wollte auch das Friedenspotenzial von Religionen thematisieren, zumal die Partnerkirchen des Werkes zunehmend von religiösen Konflikten betroffen und in ihrem Wirkungskreis eingeschränkt seien, so Lienau.

Frieden in und zwischen Völkern: Der Beitrag der Religionen

„Alle Religionen kennen das Phänomen religiös motivierter Gewalt“, sagte Markus A. Weingardt, Friedens- und Konfliktforscher und Mitarbeiter der Stiftung „Weltethos“ in Tübingen/Deutschland. Es sei deshalb wichtig, die Rolle von Religionen in Konflikten zu verstehen sowie die Konfliktmechanismen zu kennen. Konflikte könnten entstehen, wenn gleiche Interessen aufeinander treffen würden – zwei wollen das gleiche Haus – oder wenn unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen – ein Partner will in die Berge, der andere ans Meer in die Ferien.

Interessenskonflikte

Bei Interessenskonflikten gäbe es meist drei Lösungsansätze, so Weingardt: Der Stärkere setzt sich durch, das eigene Recht wird eingeklagt oder es gebe eine Verständigung durch Ausgleich oder Kompromiss.

Wertekonflikte

Schwieriger sei es bei Wertekonflikten, denn es gebe nicht die Menschenrechte für mich und etwas weniger Menschenrechte für die anderen. Bei Wertekonflikten seien drei Effekte feststellbar, führte der Konfliktforscher aus: (1) Für Wertekonflikte seien Menschen viel leichter zu mobilisieren. Gebe es bei einem Hausbau Konflikte, sei dies weit weniger problematisch, als wenn es sich um einen Moscheebau handle. (2) Menschen seien bei Wertekonflikten gewaltbereiter. Der Schritt von verbaler zu konkreter Gewalt sei oft klein. (3) Man wäre bei Wertekonflikten auch opferbereiter, da es um Identität und Existenz gehe.

Interessenskonflikte als Wertkonflikte aufladen

Mächtige hätten entdeckt, dass wenn es gelinge, Interessenskonflikte in Wertkonflikte zu transformieren, es viel einfacher sei, Beteiligung und Engagement zu erreichen. Neben den üblichen –ismen sei auch Religion ein oft genutzter Transformationsweg. Der Konflikt werde so mit den Kategorien „gut“ und „böse“ aufgeladen und befeuert. Gewalt werde als legitim dargestellt und die Opferbereitschaft nehme zu, etwa durch Selbstmordattentat. Religiös aufgeladene Konflikte seien gewalttätiger, dauerten länger und es bestehe weniger Kompromissbereitschaft, so Weingardt.

Beispiele friedensfördernder Initiativen von Religionen

Der 15 Jahre dauernde Bürgerkrieg in Mosambik sei nach riesigen Opferzahlen 1992 durch das Friedensabkommen von Rom beendet worden. Es sei vorwiegend vom römisch-katholischen Bischof Jaime Pedro Gonçalves, Erzbischof von Beira, vermittelt worden. Dass er keine zeitlichen, inhaltlichen noch militärischen Druckmittel angewendet habe, hätte es den Konfliktparteien erlaubt, nach und nach Vertrauen aufzubauen, erläuterte der Friedensforscher.

Ruanda

Beim Völkermord in Ruanda hätten sich die Muslime nicht beteiligt. Sie hätten durchschaut wohin die Propaganda führe und deshalb in ihren Schulen die Schüler gegen die Hasspropaganda immunisiert und im Konflikt Flüchtlinge aufgenommen und versteckt.

Philippinen

In den Philippinen sei Diktator Marcos 1986 maßgeblich durch den gewaltlosen Widerstand der römisch-katholischen Basisgemeinden gestürzt worden, weshalb man auch von der Rosenkranzrevolution spreche.

Kambodscha

Nach der Vertreibung von Pol Pot und der Roten Khmer in Kambodscha durch den Einmarsch der Vietnamesen sei die vierjährige Schreckensherrschaft beendet gewesen. Anschließend habe der buddhistische Mönch Maha Ghosananda in Flüchtlingslagern die Versöhnungsarbeit begonnen, Tempel und Klöster im Land aufgebaut, wo Menschen soziale Hilfe erhielten und Familien wieder zusammenfinden konnten.

Merkmale erfolgreicher religiöser Konfliktvermittlung

Drei Merkmale, zeichneten laut Weingardt erfolgreiche religiöse Vermittler aus: Sach- und Fachkompetenz bezüglich der Konflikte, Glaubwürdigkeit in Wort und Tat sowie Nähe zum Konflikt. Religiöse Vermittler profitierten von einem Vertrauensvorsprung, der ihnen Freiräume gebe, weil sie als ehrliche ungefährliche Makler wahrgenommen würden. Diese Friedenspotenziale der

Religionen müssten erkannt, entwickelt und in Konflikten eingebracht werden, forderte der Friedens- und Konfliktforscher.

Nebst Markus A. Weingardt referierten Amira Hafner- Al Jabaji zum Thema „Muslime in der Schweiz oder Schweizer Muslime?“; Jörg Stolz sprach zur Frage: „Fördert Religion die Integration der Gesellschaft?“ und Genia Findeisen berichtete über „Die Rolle der Religionen in Indonesien“.

Unterlagen zur Fachtagung „Interreligiöse Friedensarbeit“ werden laut „mission 21“ auf der Website als Download bereitgestellt: www.mission-21.org

Adventisten veröffentlichen Stellungnahme zum Impfen

Silver Spring, Maryland/USA/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat eine offizielle Erklärung zum Impfen herausgegeben, in der es heißt, dass die Kirche „verantwortlich angewandte Immunisierung“ befürwortet und keine glaubensmäßigen Gründe sehe, um Kirchenmitgliedern von der Teilnahme an Immunisierungsprogrammen abzuraten.

Nachstehend die vollständige Erklärung mit dem Titel „Immunisierung“, die als „Offizielle Stellungnahme“ im Bereich „Richtlinien“ am 2. März 2015 in Silver Spring, Maryland/USA, veröffentlicht wurde:

„Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten legt großen Wert auf Gesundheit und Wohlbefinden. Das adventistische Gesundheitsverständnis gründet auf den Aussagen der Bibel, dem inspirierten Schrifttum von Ellen G. White, der Mitbegründerin der Kirche, und auf wissenschaftlicher Literatur, die von Fachleuten überprüft wurde.

Deshalb befürworten wir verantwortlich angewandte Immunisierung beziehungsweise Impfungen und haben keine religiösen oder glaubensmäßigen Gründe unseren Mitgliedern nicht zu einer verantwortungsvollen Teilnahme an Immunisierungsprogrammen zum Schutz und zur Prävention zu ermutigen. Wir legen Wert auf die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung, welche die Aufrechterhaltung eines kollektiven Schutzes („Herdenimmunität“) mit einschließt.

Wir sind nicht das Gewissen des einzelnen Kirchenmitglieds und achten individuelle Entscheidungen. Diese werden durch die Einzelpersonen getroffen. Die Entscheidung, sich nicht impfen zu lassen, ist weder eine Forderung noch eine Lehrmeinung der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und sollte nicht

als solche verstanden werden.“

Der englische originale Wortlaut der Stellungnahme:
www.adventist.org/information/official-statements/guidelines/article/go/0/immunization/

Adventisten kondolieren den Angehörigen des Flugzeugabsturzes

Bern/Schweiz/APD Am 24. März sind beim Absturz eines Airbus A320 der Lufthansa-Tochtergesellschaft Germanwings alle 150 Insassen umgekommen. Das Flugzeug war auf dem Weg von Barcelona nach Düsseldorf, als es bei Digne-les-Bains in Südfrankreich abstürzte.

„Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten kondoliert den Angehörigen der Opfer“, teilte deren Kommunikationsabteilung mit. „Wir teilen den Schmerz der Angehörigen und beten, dass Gott ihnen Trost schenkt.“

An die Angehörigen gerichtet sagte Pastor Bruno Vertallier (Bern/Schweiz), Präsident der Adventisten in West- und Südeuropa: „Ich vertraue darauf, dass sie die nötige Unterstützung finden werden, um mit dieser furchtbaren Wirklichkeit zu leben, die sie von ihren Lieben getrennt hat. – Ich traure mit ihnen.“

Die adventistischen Kirchengemeinden und ihre Institutionen in den betroffenen Ländern seien bereit, allen vom Flugzeugabsturz Betroffenen Beistand und Unterstützung zu gewähren, heißt es in der Medienmitteilung der Kirche.

Adventistische Studenten unter den Toten beim Terroranschlag in Garissa

Silver Spring, Maryland/APD Bei einem Terroranschlag der somalischen Al-Shabaab-Miliz auf die Universität von Garissa im Osten Kenias wurden am 2. April 148 Menschen ermordet. Darunter befinden sich auch zehn Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, teilte Adventist News Network (ANN) mit.

Unter den Toten sei auch Eric Nyumbuto, Leiter der adventistischen Studentengemeinde auf dem Universitätsgelände. Kenias Adventisten betraueren die Opfer des jüngsten Massakers in ihrem Land. „Wir sind untröstlich wegen dieser sinnlosen Morde und beten für die Hinterbliebenen und Verletzten der schrecklichen Tragödie“, sagte ein Mitglied der adventistischen

Kirchengemeinde in Garissa.

Präsident der weltweiten Adventisten und UN-Generalsekretär im Gespräch

Silver Spring, Maryland/USA/APD Erstmals hatte ein Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten eine Unterredung mit einem Generalsekretär der Vereinten Nationen. Am 6. April trafen sich Pastor Ted N. C. Wilson und Ban Ki-moon zu einem 45-minütigen Gespräch im UN-Hauptquartier in New York. Themen waren die weltweite Zunahme religiöser Intoleranz und Hilfe für Menschen in Not. Der Präsident der weltweiten Adventisten wurde begleitet von John Graz, Direktor der Abteilung Öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der Generalkonferenz, und Ganoune Diop, Kontaktperson der weltweiten Kirche bei den Vereinten Nationen (UNO).

Wilson betonte laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift „Adventist Review“, dass sich seine Kirche seit langem für die Förderung der Religionsfreiheit einsetze. Außerdem unterstütze sie Initiativen, die nach dem Vorbild Christi Menschen körperlich, geistig, sozial und geistlich helfen würden. Diop fügte hinzu, dass Christen nach den Worten Jesu „Salz der Erde“ und „Licht in der Welt“ sein sollten. Der UN-Generalsekretär sprach über die weltweite Armut als Folge mangelnder Bildung und zeigte sich besorgt über die religiöse Intoleranz, die global einen beispiellosen Höhepunkt erreicht habe.

Jenen helfen, die nicht selbst für sich eintreten können. Ban Ki-moon brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Menschen auf den Respekt gegenüber Mitmenschen Wert legen sollten, einschließlich jener, die einer anderen Religion angehörten. Er würdigte das Eintreten der adventistischen Kirche für Religionsfreiheit und die Arbeit der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA im Bereich Bildung, Gesundheit und humanitäre Unterstützung. Hierbei arbeiteten die Adventisten auch mit UN-Organisationen zusammen.

Ted N. C. Wilson sagte, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten könne sehr praktisch dazu beitragen Dinge in dieser Welt positiv zu verändern. Etwa durch Förderung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, Respektierung von ethischen und spirituellen Werten, Achtung vor der Würde des Menschen, Beratung von Familien, Förderung der Jugendlichen, Bereitstellung von Lebensnotwendigem, wie sauberes Trinkwasser, oder Bildung. „Als Kirche möchten wir besonders jenen helfen,

die nicht für sich selbst eintreten können, die diskriminiert werden und Verfolgung erleiden“, betonte John Graz. Das seien auch wesentliche Aufgabenbereiche der UNO.

Weltweit gibt es 18,5 Millionen erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 215 Ländern. Die Freikirche unterhält dort insgesamt über 7.800 Schulen, von der Grundschule bis zur Universität. In den weltweit 444 Krankenhäuser und Kliniken werden jährlich mehr als 18,7 Millionen Menschen ambulant oder stationär behandelt. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA ist in etwa 120 Ländern tätig.

Franziskus besucht als erster Papst eine Waldenserkirche

Wien/Österreich/APD Laut dem zweitägigen Besuchsprogramm von Papst Franziskus vom 21. bis 22. Juni im Piemont wird er in Turin/Italien als erster Papst eine Kirche der Waldenser besuchen, heißt es in einer Medienmitteilung von Kathpress.

Demnach trifft Franziskus als erstes am Montagmorgen, dem zweiten Tag seiner Reise, im evangelischen Gotteshaus in der Turiner Innenstadt für 90 Minuten mit waldensischen Würdenträgern zusammen und betet mit ihnen gemeinsam das Vaterunser. „Das ist eine Geste der Brüderlichkeit in einer neuen ökumenischen Phase“, sagte Eugenio Bernardini, Moderator der Waldenserkirche.

Die protestantische Glaubensgemeinschaft, deren geografisches Zentrum in den Cottischen Alpen, den sogenannten Waldenser Tälern, westlich von Turin liegt, geht zurück auf eine Gründung des Lyoner Kaufmanns Petrus Valdes (1140-1206). Im Mittelalter wurden die Waldenser von der römisch-katholischen Kirche als Häretiker verfolgt.

Laut Angaben des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) ist die Waldenserkirche vor allem in Italien sowie in Argentinien und Uruguay vertreten und soll heute weltweit etwa 25.000 Mitglieder haben. Davon sollen laut der Waldenserkirche in Deutschland allein 21.000 in Italien leben, wo die Waldenser seit 1979 mit den Methodisten eine gemeinsame Kirche bilden, die Chiesa Evangelica Valdese (Englisch: Union of the Methodist and Waldensian Churches).

Neuer Allianzvorsitzender in Österreich

Salzburg/APD Am 11. April wurde Pastor Hans Widmann zum neuen Vorsitzenden der Österreichischen Evangelischen Allianz (ÖEA) gewählt. Wie Christoph Grötzing, Generalsekretär der ÖEA, mitteilte, tritt Widmann damit die Nachfolge von Dr. Frank Hinkelmann an.

Hinkelmann hatte dieses Amt die letzten 12 Jahre inne und will sich nach Angaben von Grötzing nun auf den Vorsitz der Europäischen Evangelischen Allianz konzentrieren, den er im Herbst 2014 übernommen hatte. Hinkelmann erklärte: „Ich freue mich, dass Hans Widmann dieses Amt übernimmt. Er bringt jahrelange Erfahrung in der Vorstandsarbeit der ÖEA mit und kennt als Leiter des Bibellesebundes die christliche Szene im Land sehr gut.“

Widmann stammt ursprünglich aus Deutschland und leitet den österreichischen Zweig des Bibellesebundes seit Ende der 90er-Jahre. Vorher war er als Prediger im Christlichen Missionsverein in Kärnten tätig, einem Mitgliedswerk des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes. Er ist verheiratet und lebt mit seiner Familie in Oberösterreich.

Die ÖEA ist Mitglied in der Europäischen Evangelischen Allianz und in der Weltweiten Evangelischen Allianz. Der weltweite Dachverband umfasst 128 nationale Allianzen und repräsentiert geschätzte 600 Millionen Christen rund um den Globus.

Nigeria: Trauriger Jahrestag – 232 entführte Mädchen bleiben verschollen

Burgdorf/Schweiz/APD Am 14. April 2014 entführte die islamistische Terrormiliz Boko Haram im nigerianischen Chibok 252 Mädchen. 20 von ihnen konnten entkommen, die übrigen gelten seither als verschollen. Die dramatische Entführung sei nur die Spitze des Eisbergs, schreibt Open Doors Schweiz, christliche Hilfsorganisation für verfolgte Christen, in einer Medienmitteilung.

Demnach habe die nigerianische Regierung vor einem Jahr zunächst zögerlich reagiert, weltweit habe das Ereignis aber starke Reaktionen ausgelöst, besonders in den sozialen Medien (#BringBackOurGirls). Boko Haram hatte zwischenzeitlich in einem Bekennervideo angekündigt, die Mädchen „auf dem Markt“ verkaufen zu

wollen. Über den Verbleib der grössten von Boko Haram entführten Gruppe kursieren die verschiedensten Vermutungen.

Boko Haram: Kampf gegen Christen und Allianz mit dem „Islamischen Staat“ (IS)

Die islamistische Miliz verübe seit Jahren Anschläge gegen alles, was als „westlich“ wahrgenommen werde, so Open Doors. Dazu gehörten in besonderem Masse christliche Kirchen, die gezielt angegriffen, sowie Christen, die entführt oder vertrieben würden. Ziel der islamistischen Terrormiliz sei die Errichtung eines eigenständigen islamischen Staates. Im August 2014 rief Abubakar Shekau, Anführer der Terrormiliz, ein islamisches Kalifat im Nordosten Nigerias aus und Anfang März schloss sich Boko Haram offiziell dem IS an. Die Parallelen zwischen der Terrormiliz und den Inhalten sowie Methoden des „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak seien offensichtlich, schreibt Open Doors.

UNICEF: 800.000 Kinder auf der Flucht

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF veröffentlichte am 13. April einen Bericht zu Nigeria, in dem von 1,5 Millionen Flüchtlingen infolge der Übergriffe von Boko Haram die Rede ist, darunter seien 800.000 Kinder.

Religion für Machtstreben instrumentalisiert

Eine neue Studie von Open Doors stärke die These, dass dem andauernden Kampf gegen die Christen in Nigeria ein klares Machtkalkül zugrunde liege. Demnach würde die Religion dazu instrumentalisiert, Altlasten aus der Kolonialzeit zu beseitigen und politische sowie wirtschaftliche Ziele durchzusetzen. Diese Instrumentalisierung der Religion sei von den Medien fast unbemerkt geblieben.

Open Doors stehe Betroffenen durch Nothilfemassnahmen, Traumabegleitung und Hilfe zur Selbsthilfe bei. Auf dem Weltverfolgungsindex von Christen, der vom Hilfswerks jährlich publiziert wird, sticht Nigeria durch die höchste vergebene Wertung im Bereich Gewalt hervor. In der Gesamtwertung belegt es Rang 10 unter allen Ländern, in denen weltweit Christen verfolgt werden.

Adventisten spendeten 2014 weltweit fast 2,4 Milliarden Dollar für allgemeine Kirchengaufgaben

Silver Spring, Maryland/USA/APD Auf der Frühjahrssitzung des Exekutivausschusses der adventistischen Weltkirchenleitung (Generalkonferenz) in Silver Spring, Maryland/USA, informierte am 14. April Robert E.

Lemon, Finanzchef der Weltkirche, die Delegierten aus aller Welt über die finanziellen Auswirkungen des erstarkten Dollars und der Abschwächung anderer Währungen für das Budget der Weltkirche.

Demnach würden von den 12 meist kontinentalen Kirchenleitungen außerhalb des US-Dollarraumes weniger Gelder in US-Dollar an die Kirchenleitung überwiesen. Diese profitierten aber vom starken US-Dollar, wenn sie von der Weltkirchenleitung finanzielle Zuwendungen in US-Dollar erhielten, teilte SPECTRUM mit. 2014 hätten die weltweit 18,5 Millionen Mitglieder der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten 2,396 Milliarden US-Dollar (2,232 Milliarden Euro) an „Zehntengeldern“ gespendet, welche für allgemeine Aufgaben der Kirche verwendet würden.

„Trotz des starken US-Dollars stiegen die „Zehnten“ auch währungsbereinigt in US-Dollar um 0,7 Prozent gegenüber 2013“, erläuterte Lemon im Finanzbericht gegenüber den 78 anwesenden von 211 Delegierten. In Kirchenregionen außerhalb des Dollarraumes seien die Zehnten in lokalen Währungen „substanziell“ gestiegen.

Die zweckgebundenen Spenden der Kirchenmitglieder sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Viele Mitglieder geben neben zehn Prozent ihres Einkommens, dem „biblischen Zehnten“, weitere Spenden für besondere Projekte.

Da die Weltkirchenleitung 2014 mit ihren Ausgaben um 6,3 Millionen US-Dollar unter ihrem Budget blieb, seien die nicht verwendeten Gelder mit Beiträgen zwischen einer und 1,5 Millionen US-Dollar an den Sender Hope TV Japan, die Kirchenregion für den Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) sowie an jene in den GUS-Staaten (ESD) und an die Andrews Universität verteilt worden. Den grössten Beitrag erhielt die Abteilung für Archiv, Statistik und Forschung der Weltkirchenleitung (ASTR), die in den nächsten fünf Jahren die Enzyklopädie der Kirche völlig neu überarbeiten soll.

Anstehende Pensionierungen

An der im Juli 2015 bevorstehenden Weltsynode (Generalkonferenz-Vollversammlung) in San Antonio, Texas/USA (#GCSA15), endet die fünfjährige Dienstzeit aller gewählten Amtsinhaber. Einige würden sich zu diesem Zeitpunkt auch pensionieren lassen, so SPECTRUM. Orville Parchment, Assistent des amtierenden Weltkirchenleiters (Generalkonferenzpräsident) Pastor Ted Wilson und seines Vorgängers, Pastor Jan Paulsen, sei für seinen langjährigen Dienst geehrt worden ebenso wie der in den Ruhestand wechselnde Finanzchef, Robert Lemon. Einer der neun Vize-Präsidenten der Weltkirchenleitung, Pastor Mike Ryan, werde in San Antonio ebenso abtreten wie der

Schweizer, Pastor John Graz, der die Aussenbeziehungen der Weltkirche während Jahren gepflegt sowie den Bereich der Religionsfreiheit vertreten hat.

Behörden in Sri Lanka wollen adventistische Hauskirche auflösen

Silver Spring, Maryland/USA/APD Der Präsident der protestantischen Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Sri Lanka bat weltweit um Gebete für eine Gemeinde von fast 80 Mitgliedern, die auf Betreiben buddhistischer Mönche von den lokalen Behörden im Dorf Pitabeddara aufgelöst werden soll.

Laut einem Bericht der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) hätten die Probleme der Adventgemeinde im Dorf Pitabeddara, 140 km südlich der Hauptstadt Colombo nach einer durch buddhistische Mönche erzwungenen Schließung einer anderen Adventgemeinde in der Nähe begonnen. Im Inselstaat, südöstlich von Indien, leben vorwiegend Buddhisten.

Adventisten wehren sich

Entgegen der Aufforderung der Behörden, die Hauskirche aufzulösen, würden die adventistischen Christen weiterhin in der Gemeinde von Pitabeddara Gottesdienste und Versammlungen abhalten, die gleichzeitig auch das Wohnhaus des Pastors und seiner Familie sei, sagte George Wambeek, Präsident der Adventisten in Sri Lanka.

Der Ortspastor habe die Aufforderung zur Auflösung ignoriert, weil das oberste lokale Organ, das Kabinett, nicht an der Entscheidung beteiligt gewesen sei und er die Anordnung als Angriff auf die Religionsfreiheit verstehe, der von buddhistischen Mönchen initiiert worden sei, so Wambeek. „Unser Anwalt hat uns auch geraten, die Versammlungen fortzusetzen. Es handelt sich bei diesem Angriff um eine Initiative von anti-christlichen Gruppen, die von buddhistischen Mönchen angeführt wird“, sagte er.

Ein Gericht in der Hauptstadt Colombo werde am 7. Mai über den Berufungsantrag des adventistischen Ortspastors entscheiden. Dieser beziehe sich auf die religiöse Versammlungsfreiheit. Er wolle weiterhin in der Hauskirche gottesdienstliche Feiern abhalten dürfen. Wambeek sagte, dass sich keine einfache Lösung zur drohenden Schließung abzeichne. Deshalb rufe er die Kirchenmitglieder zum Gebet auf.

„Wir haben 77 Mitglieder in dieser Gemeinde und viele weitere warten darauf, sich unserer Kirche anzuschließen“, sagte George Wambeek. „Aber wegen

dieser Bedrohung und der Opposition von buddhistischen Mönchen, kann sich diese Kirche nicht entwickeln.“

Recht vor Gericht garantiert nicht die Weiterführung der Hauskirche vor Ort

Die Möglichkeiten der Adventisten seien limitiert, so AR. Wenn sie das anstehende Gerichtsverfahren nicht gewinnen würden, könnten sich die Kirchenmitglieder an die nationale Menschenrechtskommission in Colombo wenden und vorbringen, dass ihnen das Recht auf freie Religionsausübung verweigert werde und um Intervention bitten, sagten Kirchenleiter.

Eine solche Fortführung des Verfahrens könne zwar zu Gunsten der adventistischen Kirche ausgehen, gleichzeitig aber auch zusätzliche Probleme schaffen. Die buddhistischen Mönche hätten die Möglichkeit, die Massen aufhetzen, was zu Unruhen im Dorf führen würde. Anschließend könnten die Adventisten der Ruhestörung bezichtigt werden.

Gemäß der Volkszählung 2012 bezeichnen sich 70 Prozent der 20,5 Millionen Bewohner von Sri Lanka als Theravada-Buddhisten, zwölf Prozent als shivaitische Hindus und zehn Prozent als Muslime. Christen machen etwa 7,5 Prozent der Bevölkerung aus, 6,1 Prozent der Befragten sind römisch-katholisch und 1,4 Prozent Mitglieder anderer christlicher Denominationen.

Die Adventisten begannen ihr Wirken in Sri Lanka in den frühen 1900er Jahren. Heute feiern rund 3.300 Mitglieder in 60 Gemeinden im ganzen Land Gottesdienste.

Die adventistische Kirche in Sri Lanka wurde schon früher mit Problemen konfrontiert. Ein Pastor und einige andere Kirchenleiter wurden in Deniyaya, 32 Kilometer von Pitabeddara entfernt, geschlagen. Die Adventgemeinde habe daraufhin ihr Gotteshaus aufgeben müssen.

Angriff auf Religionsfreiheit bedroht alle Freiheiten

„Was in Sri Lanka geschieht, ist nicht Neues, sondern das Ergebnis wachsender religiöser Intoleranz“, sagte John Graz, Direktor für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der adventistischen Weltkirchenleitung. „Wenn die Religionsfreiheit angegriffen wird, sind alle Freiheiten in Gefahr“, sagte er. „Ich hoffe, dass sowohl die Regierung als auch das Volk von Sri Lanka der Hauskirche erlaubt, ihre Gottesdienste weiterhin abzuhalten.“

Auch nach acht Jahren noch kein Urteil im Malatya-Mordprozess

Bonn/Deutschland/APD Am 18. April 2007 wurden die drei evangelischen Christen Tilman Geske, Ugur Yüksel und Necati Aydin im osttürkischen Malatya ermordet. Auch wenn die fünf mutmaßlichen Mörder noch am Tatort von der Polizei festgenommen werden konnten, ist bis heute kein Urteil gefällt worden. Seit etwa einem Jahr sind die fünf jungen Männer nicht mehr in Haft, sondern mit elektronischen Fußfesseln versehen in Hausarrest, nachdem die maximale Zeit für eine Untersuchungshaft überschritten war.

Nach dem 103. Verhandlungstag im Malatya-Mordprozess äußerte die Witwe Susanne Geske, laut dem „Bonner Querschnitt“ (BQ), dass sie in dieser Welt nicht mehr mit Gerechtigkeit rechne. Sie mache sich wegen der fünf aus der Untersuchungshaft entlassenen Hauptverdächtigen Sorgen, sodass ihre Kinder immer wieder Angst hätten, wenn ein neuer Verhandlungstag anstehe.

Im Laufe der Jahre seien auf Drängen der Anwälte der Hinterbliebenen etliche mutmaßliche Hintermänner der Tat festgenommen und angeklagt worden, so BQ. Aber auch in allen diesen Fällen zögen sich die Verhandlungen hin und ein Ende wäre nicht in Sicht. Erschwerend komme jetzt eine mögliche Verwicklung dieser Angeklagten in eine Verschwörung gegen den türkischen Staat hinzu, nachdem die türkische Regierung der Gülen-Bewegung vorwerfe, Prozesse manipuliert zu haben. Deshalb würden die der Mithilfe an den Malatya-Morden Beschuldigten mit der Behauptung auftreten, auch in ihrem Fall sei alles nur manipuliert worden. Daher werde wohl die ganze Wahrheit nicht ans Licht kommen, äußerte ein protestantischer Pastor skeptisch gegenüber BQ. Der nächste, 104. Prozesstag ist für den 6. Mai angesetzt.

Bericht über Menschenrechtsverletzungen jetzt auch in deutscher Übersetzung

Die Lage der Christen und Kirchen in der Türkei sei nach wie vor vielfach problematisch, teilte der „Bonner Querschnitt“ mit. Neben einzelnen positiven Aspekten hätte es auch im Jahr 2014 wieder eine ganze Reihe von Menschenrechtsverletzungen gegen Christen sowie Kirchen und christliche Gemeinden gegeben. Deshalb habe das „Internationale Institut für Religionsfreiheit“ (IIRF) der Weltweiten Evangelischen Allianz auch den jüngsten Bericht von 2014 über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Er stammt von der Vereinigung Protestantischer Kirchen, die sich als Türkische Evangelische Allianz versteht. Das IIRF-

Bulletin ist im Internet zu finden unter:
<http://tinyurl.com/mlxq92u>

Christen in der Türkei eine kleine Minderheit

Von den 77,7 Millionen Einwohnern in der Türkei gehören nach offiziellen Statistiken fast 99 Prozent zu den Muslimen. Davon sind etwa 80 bis 85 Prozent Sunniten, die restlichen Aleviten sowie eine kleine Anzahl Jesiden und Alawiten. Die Zahl der Christen in der Türkei wird auf höchstens 120.000 geschätzt, die hauptsächlich armenisch-apostolisch, römisch-katholisch und syrisch-orthodox sind. Die Protestanten unterhalten in der Türkei etwa 60 kleinere Kirchengemeinden. Darunter befinden sich auch die Siebenten-Tags-Adventisten, die bereits seit 1889 im Land vertreten sind. Heute gibt es in Istanbul und Izmir jeweils eine adventistische Gemeinde mit insgesamt etwa 100 erwachsen getauften Mitgliedern.

Kirchen trauern um ertrunkene Flüchtlinge und fordern Präventivmaßnahmen

Genf, Bern/Schweiz, Brüssel/Belgien/APD In einer gemeinsamen Mitteilung der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME), der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) drückten sie ihre Trauer aus über die Hunderten von ertrunkenen Migranten beim Untergang eines Flüchtlingsschiffes. Dieses war am 19. April rund 70 Kilometer von der libyschen Küste gesunken. 28 Menschen konnten laut Angaben der italienischen Regierung gerettet werden, 24 seien tot geborgen worden.

„Im Gebet denken wir an jene, die gestorben sind und drücken den Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus“, sagte der KEK-Generalsekretär Pfarrer Dr. Guy Liagre. „Wir beten auch für die in der anspruchsvollen Rettungs- und Bergungsmission Beteiligten“, sagte er.

„Solche Tragödien sind starke Aufrufe, die Bemühungen zu verstärken, um die Ursachen für Armut, soziale Unsicherheit und Konflikte in den Ländern anzugehen, aus denen die Migranten kommen“, sagte Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit, Generalsekretär des ÖRK.

„Wir sind zutiefst betroffen von dieser Tragödie im Mittelmeer. Wieder einmal wurden die schutzlosesten Menschen betroffen“, heißt es in einer Medienmitteilung der Kommunikationsabteilung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa. „Wir dürfen die immense humanitäre Krise in Afrika nicht ignorieren.“

Adventisten verurteilen fremdenfeindliche Gewalt in Südafrika

Silver Spring, Maryland/USA/APD Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten verurteilt die fremdenfeindlichen Übergriffe in Südafrika, bei denen mindestens sieben Personen getötet wurden. Gleichzeitig versorgt die Freikirche mit dem Hilfswerk ADRA Südafrika Hunderte von gewaltsam Vertriebenen mit warmen Mahlzeiten, wie Adventist Review (AR), die nordamerikanische Kirchenzeitschrift, mitteilte.

Seit Anfang April sind in Südafrika verstärkt Ausländer das Ziel von Angriffen. Einheimische werfen den Ausländern vor, dass sie ihnen die Jobs wegnehmen würden. Die Südafrikanische Polizei hat in den letzten Tagen rund 300 Personen im Zusammenhang mit dem Ausbruch der Gewalt und den Angriffen auf Ausländer festgenommen.

Es habe sieben Toten gegeben, so AR. Ein Mosambikaner sei in Johannesburg (4,5 Mio. Einwohner) erstochen worden. In Durban (3,5 Mio. Einwohner) seien je ein Äthiopier, Mosambikaner, Simbabwe und drei Südafrikaner getötet worden.

„Es gibt keinen vernünftigen Grund, der die Vorurteile und diese sinnlose Gewalt rechtfertigen könnte, die eine Schande für das neue, freie und demokratische Südafrika sind“, sagte Paul Charles, Kommunikationsdirektor der Adventisten im südlichen Afrika und in der Region des Indischen Ozeans.

„Echte Freiheit verzichtet auf Machtmissbrauch und Gewaltanwendung gegenüber Menschen“, so Charles. „Die Leitung sowie die knapp 3,5 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten, die im südlichen Afrika leben, verurteilen diesen Hass und all die sinnlosen und schrecklichen Gewalttaten.“ Es seien auch Adventisten davon betroffen, so der Mediensprecher.

„Essen auf Rädern“

Die adventistische Kirchenleitung in Südafrika versorge gemeinsam mit dem Hilfswerk ADRA Südafrika und der adventistischen Freiwilligeninitiative „Essen auf Rädern“ 1.500 Vertriebene mit Essen. Weitere Hilfe werde an 312 Familien verteilt: Hygiene-Kits, Eimer, Seife, Waschmittel und Hygienebinden, sagte Pastor Tankiso Letseli, Präsident der Kirche im südlichen Afrika. Diese Kirchenregion umfasst die Staaten und Territorien von Ascension, die Inseln St. Helena und Tristan da Cunha, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland, KwaZulu-Natal, Lesotho, Namibia und Trans-Oranje.

Biblische Forderung: Ausländer wie Einheimische behandeln

„Unabhängig von unserer Nationalität, Hautfarbe oder Religion sind wir zum Ebenbild Gottes geschaffen. Wir nehmen deshalb das Anliegen der Menschenwürde sehr ernst“, sagte Pastor Tankiso Letseli. „Dieses Verständnis verpflichtet uns, einander als Brüder und Schwestern zu behandeln. Ein Angriff auf einen von uns betrifft uns alle.“

Letseli verwies auf Levitikus (3. Mose 19,33 bis 34) als zentrale Aussage der Bibel über die Behandlung von Ausländern: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst.“

Verband evangelischer Frauen in Italien wählt Adventistin zur Präsidentin

Rom/Italien/APD Am 19. April haben die Delegierten des alle vier Jahre stattfindenden Kongresses des Verbandes evangelischer Frauen in Italien (FDEI) die Adventistin Dora Bognandi zur neuen Präsidentin gewählt.

Dora Bognandi ist stellvertretende Leiterin der Abteilung für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit (PARL) der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien. „Diese Aufgabe ist für mich eine große Ehre, aber auch eine große Verantwortung“, sagte Dora Bognandi nach der Wahl. „Mein Wunsch ist es, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg weitergehen und den Frauen sowie den Gemeinschaften noch besser dienen, sowie aus evangelischer Sicht einen Beitrag in unsere Gesellschaft einbringen.“

Mehr als 70 Frauen aus verschiedenen evangelischen Kirchen haben sich vom 17. bis 19. April im Zentrum „Ökumene“, in Velletri, 30 Kilometer südöstlich von Rom, zum 11. Kongress der FDEI getroffen. Dabei sei es um die Rolle der evangelischen Frauen in einer sich wandelnden Gesellschaft gegangen, teilte Notizie Avventiste, Kommunikationsabteilung der Adventisten in Italien, mit. Es seien dabei immer auch drei Konzepte bedacht worden, die alle betreffen würden: Gerechtigkeit, Solidarität und zwischen den Kirchen die bestehenden Beziehungen zu festigen sowie neue mit staatlichen Institutionen und Organisationen zu knüpfen. Darüber hinaus seien die Leitlinien der Vereinigung für die nächsten vier Jahre festgelegt worden.

Im Bundesverband evangelischer Frauen in Italien arbeiten folgende Kirchen mit: Adventisten, Baptisten,

Heilsarmee, Evangelisch-Reformierte der italienisch sprechenden Schweiz, Lutheraner, Methodisten und Waldenser.

ENTWICKLUNG

Menschenrechtsorganisation erhebt schwere Vorwürfe gegen UNHCR

Bonn/APD Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) erhebt laut Medienmitteilung schwere Vorwürfe gegen das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und gegen die thailändischen Behörden in Bangkok. Nach Erkenntnissen der IGFM verzögere das UNHCR in Thailand bereits die Erstinterviews mit christlichen Flüchtlingen aus Pakistan, dränge sie damit in die Illegalität und verweigere ihnen Hilfe. Zudem würden die thailändischen Behörden seit Anfang März gezielt Asylsuchende verhaften.

Die bittere Erkenntnis tausender pakistanischer Christen, die ihre Heimat verlassen mussten, um ihr Leben zu retten, bestehe darin, dass sie der Hölle in Pakistan entflohen und in der Hölle Thailands gelandet seien, so IGFM. Eine legale Einreise nach Thailand sei für Pakistaner zumindest bislang relativ einfach gewesen. Diese Fluchtmöglichkeit vor islamischen Extremisten in Pakistan hätten bis Januar 2015 nach UN-Angaben 8.000 Christen und Ahmadiyya genutzt. Doch weder das UNHCR noch die thailändische Regierung kümmerten sich angemessen um die Flüchtlinge, so die Menschenrechtsorganisation.

Untätigkeit des UNHCR drängt Flüchtlinge in Illegalität

Die Befragungen von pakistanischen Flüchtlingen durch die IGFM in Bangkok hätten ergeben, dass neu ankommende christliche Flüchtlinge zwischen drei und vier Jahren auf ihr Interview durch das UNHCR in Thailand warten müssten. Ende 2014 angekommene Flüchtlinge sollen demnach ihr erstes Interview durch die UN-Behörde erst Anfang bis Mitte 2018 erhalten. Das UNHCR dränge die Flüchtlinge damit in die Illegalität, da diese meist mit einem nur wenige Monate gültigen Visum eingereist seien und die thailändischen Behörden keinen Aufenthaltsstatus für Asylsuchende oder eine Verlängerung des Visums ermöglichen.

Menschenunwürdige Bedingungen

Laut IGFM sind den Flüchtlingen bezahlte

Arbeitsverhältnisse untersagt und die mitgebrachten Ersparnisse wären oft rasch aufgebraucht. Die Schutzsuchenden müssten sich ohne finanzielle Unterstützung durch die thailändische Regierung oder das UNHCR durchschlagen und seien von den Armenspeisungen durch örtliche Kirchen abhängig. Flüchtlingskinder dürften in Thailand auch nicht zur Schule gehen.

Die Befragungen durch IGFM hätten ergeben, dass selbst schwer an Krebs oder Diabetes erkrankte Flüchtlinge keine finanzielle Unterstützung für medizinische Hilfe durch das UNHCR erhalten würden, weil ihre Einweisung ins Krankenhaus angeblich nicht „zwingend“ notwendig sei. Vorgezogene Interviews zur Abklärung des Flüchtlingsstatus würden selbst in Fällen schwerer Erkrankung verweigert. Damit bleibe diesen Flüchtlingen jahrelang jeglicher Zugang zu medizinischer Hilfe verwehrt.

IGFM: UNHCR kann Untätigkeit nicht erklären

Professor Dr. Rainer Rothfuß, geschäftsführender IGFM-Vorsitzender, kritisiert laut dem IGFM-Bericht die Behandlung der christlichen Flüchtlinge aus Pakistan als „völlig inakzeptabel“ und sieht in erster Linie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen in der Pflicht: „Die offensichtliche Missachtung der grundlegendsten Bedürfnisse der pakistanischen Flüchtlinge, die in ihrem Land Opfer schwerster Verfolgung sind, darf nicht hingenommen werden.“ Rothfuß werde das UNHCR zur Ursache der Untätigkeit der Niederlassung in Bangkok näher befragen.

Verhaftungswelle soll Flüchtlinge aus Thailand vertreiben

Die IGFM kritisiere zudem eine laufende Verhaftungswelle von Flüchtlingen durch die thailändische Polizei. Nach Informationen der Menschenrechtsorganisation sind durch Polizei und Militär pakistanische Familien, trotz schwangeren Frauen oder Kindern im Stillalter, auseinandergerissen worden. In einem Fall hätte ein zweieinhalbjähriges Mädchen wegen fehlender Ausweispapiere alleine eingesperrt werden sollen, obwohl die Eltern über gültige Visa verfügten. Aufgrund der Weigerung der Eltern, ihre Tochter alleine einsperren zu lassen, sei der Vater zwei Tage mit dem Kleinkind ins Gefängnis gegangen.

Drei Jahre Winterhilfe von ADRA für 95.000 Flüchtlinge im Mittleren Osten

Silver Spring, Maryland/USA/APD In den vergangenen drei Wintern hat ADRA, die Adventistische Entwicklungs- und

Katastrophenhilfe, Kleider und Decken an 95.300 syrische Flüchtlinge im Libanon und Jordanien sowie an Binnenflüchtlinge in Syrien und Irak verteilt, sagte Nagi Khalil, Direktor von ADRA im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA).

Viele der Flüchtlinge seien mit wenig mehr als ihren Kleidern vor dem Bürgerkrieg oder der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) geflohen. „Viele Familien sind in Lagern oder Rohbauten untergebracht, die wenig Schutz vor Wind und Regen bieten“, so Khalil. In diesen vier Ländern könne es im Winter bis zu minus zehn Grad werden.

Syrien

Das syrische ADRA-Büro in der Hauptstadt Damaskus habe im Winter 2013/2014 an 31.000 Personen in den Städten Damaskus, Hama und Quneitra Kleider und Decken verteilt.

Irak

Das 2015 eröffnete ADRA-Büro in Erbil, in der kurdischen Region des Irak, habe im vergangenen Winter an 30.000 Personen Kleider und Decken abgegeben.

Libanon

ADRA Libanon habe die letzten Monate im Libanon-Gebirge Winterhilfe an rund 3.100 syrische Flüchtlinge und bedürftige libanesischen Bewohner verteilt.

Jordanien

Im Winter 2012/2013 habe das ADRA-Hilfswerk in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation „Jordan Hashemite Charity Organization“ in Jordanien Winterkleider an mehr als 31.000 Personen in der Hauptstadt Amman sowie den Städten Irbid, Mafrq und Zarqa verteilt, sagte Khalil.

Demnach hätten verschiedene ADRA-Hilfswerke aus Dänemark, Deutschland, Kanada, Österreich, den USA und der Schweiz sowie weitere Hilfsorganisationen aus Syrien und Jordanien die Arbeit von ADRA im Nahen und Mittleren Osten unterstützt, sagte Nagi Khalil, aber der Zustrom von Flüchtlingen lasse nicht nach.

Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat Ende März knapp vier Millionen Syrer registriert, die in umliegende Länder geflohen sind. Nach Schätzungen des UNHCR mussten in Syrien 6,5 Millionen Menschen ihren Wohnort verlassen, um sich in einem anderen Landesteil Unterschlupf zu suchen. Damit sei in etwa die Hälfte der syrischen Bevölkerung infolge der Kämpfe vertrieben worden. Mehr als Hälfte der betroffenen Syrer seien Kinder, schreibt tagesschau.de auf ihrer Website. Weitere 1,8 Millionen Iraker seien im eigenen Land vertrieben worden.

53 Adventgemeinden in Vanuatu zerstört

Port Vila/Vanuatu/APD Durch den Zyklon „Pam“ im März sind 53 Kirchengebäude der Siebenten-Tags-Adventisten zerstört worden, teilte Jarrod Stackelroth von „Adventist Record“, dem Nachrichtenmagazin der Freikirche im südpazifischen Raum, mit. Außerdem seien auch Schulen der Freikirche betroffen.

Der Wiederaufbau könne Jahre in Anspruch nehmen, da viele Kirchenmitglieder selbst ihre Häuser und Erwerbsmöglichkeiten durch den Zyklon verloren hätten. 80 bis 90 Prozent seien in der Landwirtschaft tätig, vielen habe der Sturm die Ernte zerstört. „Das ist ein schwerer Schlag für die Mitglieder“, bestätigte Pastor Nos Terry Mailalong, Kirchenleiter der Siebenten-Tags-Adventisten in Vanuatu, „denn die meisten dieser Menschen in den ländlichen Gebieten haben keine anderen Einnahmequellen.“

Während die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA sich um die Menschen in Vanuatu kümmere, und die Regierung den Wiederaufbau von Schulgebäuden unterstütze, gebe es kein Geld für den Wiederaufbau von Kirchen, so Stackelroth. Die Freikirchenleitung im südpazifischen Raum habe daher einen Hilfsfond eingerichtet, in den unter <https://egiving.org.au> unter dem Stichwort „Vanuatu Cyclone Pam Assistance“ gespendet werden könne.

„Pam“ war nach Angaben von Wikipedia einer der stärksten je gemessenen Zyklone. Im März wurden in der Hauptstadt Port Vila des Inselgruppenstaates Vanuatu 90 Prozent aller Gebäude zerstört oder stark beschädigt. Der Zyklon wird als die schwerste Katastrophe in der Geschichte von Vanuatu bezeichnet. Unter den 253.000 Bewohnern des Inselstaates gibt es 19.200 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 85 Kirchengemeinden.

ADRA Nigeria versorgt Flüchtlinge entlang der Vertreibungsfront

Silver Spring, Maryland/USA/APD Auch am 14. April, dem ersten Jahrestag der Entführung von 232 Mädchen im Osten Nigerias durch die islamistische Terrormiliz Boko Haram, versorgte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nigeria Hunderte Vertriebene, die durch die Unruhe entwurzelt wurden, teilte ADRA International mit.

ADRA habe sich der internationalen Kampagne auf den

Sozialen Medien unter dem Hashtag #BringBackOurGirls angeschlossen. Man wisse immer noch sehr wenig über den Verbleib der Mädchen oder deren Gesundheitszustand.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF veröffentlichte am 13. April einen Bericht zu Nigeria, in dem von 1,5 Millionen Flüchtlingen infolge der Übergriffe von Boko Haram die Rede ist, darunter seien 800.000 Kinder. Boko Haram habe beim Versuch einen Islamischen Staat zu errichten ganze Dörfer zerstört und die Bewohner vertrieben, so das Hilfswerk.

ADRA Nigeria verteile in Adamawa, dem östlichen Bundesstaat an der Grenze zu Kamerun, Lebensmittel an 1.500 Binnenvertriebene und unterstütze rund 100 Kinder mit weiteren Hilfsleistungen. Zudem habe das Hilfswerk in einem Flüchtlingslager die Ausbreitung von Durchfall bei 200 Kindern unter fünf Jahren eindämmen können und 30 schwangere Frauen begleitet und beraten. Die Arbeit von ADRA Nigeria werde durch die schwierigen Straßenverhältnisse erschwert, sagte Marie-Jo Guth, Programmmanagerin für Nothilfe bei ADRA International. Trotzdem setze sich das Team der Hilfsorganisation mit großem persönlichem Einsatz für die Vertriebenen ein.

Nothilfe von ADRA Nepal und Erste Hilfe durch adventistisches Krankenhaus

Kathmandu/Nepal/APD Adventistische Ärzte des Scheer Memorial Hospitals in Banepa, 15 Kilometer östlich der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu sowie Mitarbeiter der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nepal haben Opfern des schweren Erdbebens geholfen. Das Beben vom 25. April hatte eine Stärke von 7,8 auf der Richterskala und forderte über 2.000 Tote.

Das Scheer Memorial Hospital sei nach dem Erdbeben mit hunderten Verletzten überfüllt gewesen. Viele Patienten hätten auch unter freiem Himmel versorgt werden müssen, teilte Adventist Review (AR), die nordamerikanische Kirchenzeitschrift mit. Demnach habe das Beben zehn Minuten gedauert und ganze Wohnbezirke in der Hauptstadt Kathmandu zerstört. Das dreistöckige adventistische Krankenhaus in Banepa mit 150 Betten sei mit Ausnahme eines Risses in einem älteren Gebäude nicht beschädigt worden.

„Gott sei Dank, dass das Krankenhaus unversehrt geblieben ist“, sagte Alvin Cardona in den USA nach einem Telefonat mit seinem Vater, der als Kinderarzt im adventistischen Krankenhaus in Nepal arbeitet. Es würden nun Notunterkünfte für jene erstellt, denen

durch das Beben das Haus zerstört worden sei, so Cardona.

Laut Medienberichten wurden Beben und Opfer auch in Indien, Bangladesch und Tibet verzeichnet. Die Regierung von Nepal habe den Ausnahmezustand erklärt, so AR.

ADRA Nepal

Das Netzwerk der adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA werde Spezialisten für Katastrophen in die betroffenen Gebiete entsenden, sagte Thierry Van Bignoot, Leiter Nothilfe bei ADRA International. „Im Moment bitten wir um Gebete für die betroffene Bevölkerung und für unsere Mitarbeiter. Wir sind dabei, die Lage einzuschätzen.“

ADRA Nepal berichtete über Facebook und Twitter, dass die Mitarbeiter wohlauf und das Verwaltungsgebäude vom Beben nicht beschädigt worden sei.

Scheer Memorial Hospital betrieben von Adventisten und CARE

Das Scheer Memorial Hospital geht auf Dr. Stanley und Raylene Sturges, die ersten ärztlichen Missionare der Adventisten in Nepal in den späten 1950er Jahre, zurück. Benannt wurde es nach Charles J. und Carolyn Scheer, deren Sohn Clifford C. Scheer einen Großteil der Bauten des Krankenhauses finanzierte.

Die Ausrüstung, Ausstattung und medizinischen Verbrauchsmaterialien würden von CARE, einer großen internationalen Hilfsorganisation sowie von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten zur Verfügung gestellt. Der tägliche Betrieb sei aber weitgehend eine Sache des Glaubens, heißt es auf der Website des Krankenhauses. „Jeden Tag erleben wir große und kleine Wunder, die es uns erlauben, unsere Türen für die Bevölkerung offen halten zu können und für jene, die unsere Hilfe am meisten brauchen.“

KULTUR

Bei Kirchenwechsel Menschen mit Achtung ihrer Entscheidung begleiten

Frühjahrstagung des Vereins für Freikirchenforschung in Höchst im Odenwald

Höchst im Odenwald/APD Mit der Frage „Kirchenwechsel – Tabuthema der Ökumene?“ befasste sich die Frühjahrstagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) am 28. und 29. März im Kloster Höchst im Odenwald. In einer pluralistischen Gesellschaft lässt die Bindungskraft an eine bestimmte Organisation nach. Davon sind auch die Kirchen betroffen, wenn sich deren Mitglieder für eine konfessionelle Neuorientierung entscheiden. Bei der Tagung kamen unterschiedliche theologischen Positionen sowie historische, seelsorgerliche und kirchenrechtliche Aspekte zur Sprache.

In seiner Einführung zur Thematik wies der Vorsitzende des VFF, Professor Dr. Christoph Raedel, Gießen, darauf hin, dass es auch im Bereich freikirchlicher Gemeinden einen zunehmenden Bindungsverlust gebe. Gerade junge Christen würden sich bei einem Ortswechsel nach einer neuen Gemeinde umsehen. Man suche nach der Gemeinde, die zu einem passe und in der man sich mit seinen Bedürfnissen, Ansprüchen und Begabungen heimisch fühle. Dabei sei die bisherige konfessionelle Zugehörigkeit nahezu unerheblich. Es gebe aber auch den bewussten Bruch mit der bisherigen Konfession, einschließlich der Aufnahme in eine andere Kirche, in der man seinen Glauben besser verwirklichen könne.

Handreichung der ACK Bayern

Die Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Bayern, Dr. Maria Stettner, stellte die Handreichung der ACK „Seelsorgerlicher Umgang mit dem Wunsch nach Konfessionswechsel“ aus dem Jahr 2010 vor. In der Handhabung der Mitgliedschaft einschließlich eines Wechsels in eine andere Kirche werde das Selbstverständnis der jeweiligen Konfession deutlich. So könne man sich beispielsweise durch einen standesamtlichen Austritt von der römisch-katholischen Kirche trennen, bleibe aber aufgrund der Taufe kirchenrechtlich Glied der Katholischen Kirche. Da auch Taufen anderer Kirchen anerkannt würden, sei der Wechsel eines Angehörigen einer anderen Konfession zur Katholischen Kirche kein Übertritt von einer Kirche in die andere. Es gehe dabei vielmehr um die Eingliederung in den „Leib Christi“, der sich in der römisch-katholischen Kirche verwirkliche. Methodisten verstünden dagegen einen Konfessionswechsel nicht als Bruch mit der Kirche Jesu Christi, sondern als „Neu-Organisation“ der Christus- und Kirchengemeinschaft.

In der Handreichung gehe es nicht darum, Menschen zum Übertritt zu ermutigen, so Stettner. Wenn dieser Wunsch ausdrücklich geäußert werde, sollten Menschen seelsorgerlich und mit Achtung vor ihrer Entscheidung und vor den Mitchristen anderer Konfessionen begleitet

werden. Die Broschüre ist kostenlos bei der Geschäftsstelle der ACK Bayern erhältlich. E-Mail: kontakt@ack-bayern.de

Kirchenwechsel und Staatskirchenrecht

Professor Dr. Gerhard Robbers, Justizminister von Rheinland-Pfalz, sprach über „Kirchenwechsel in staatskirchenrechtlicher Perspektive“. Der Kirchenwechsel mag für die Konfessionen zwar ein Problem sein, es gehe dabei aber um eine individuelle Glaubensentscheidung. Artikel 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiere „die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses“. Dazu gehöre auch das Recht seine bisherige Konfession zu verlassen. Ein Kirchenwechsel müsse deshalb immer möglich sein. Bei bestimmten öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften muss der Kirchenaustritt vor dem Amtsgericht oder dem Standesamt erklärt werden.

Ein Blick in die Vergangenheit

Der Freikirchenhistoriker Karl Heinz Voigt, Bremen, gab einen Einblick in die „Polemik und Apologetik im Verhältnis zwischen Methodistenkirche und Landeskirche im 19. Jahrhundert“. Im vorletzten Jahrhundert seien etwa fünf Millionen Deutsche in die USA ausgewandert. Dort hätten sich jedoch meistens nur die Methodisten um die Einwanderer gekümmert, sodass es unter ihnen schließlich viel mehr Methodisten gegeben habe, als später in Deutschland. Ab 1850 kamen zahlreiche Methodisten nach Deutschland zurück, um als Erweckungsprediger die „Dankesschuld wegen des Geschenks der Reformation abzutragen“. Sie wollten gemeinsam mit den evangelischen Landeskirchen „Gottes Reich“ in Deutschland aufbauen. Doch die Staatskirchen hätten dieses Anliegen nicht verstanden und meinten keine Hilfe aus Übersee zu benötigen. So habe es viele polemische Massenvertei-blätter und Zeitungsartikel gegen die Methodisten gegeben. Die Polizei sei in deren Versammlungen eingedrungen und Randalierer hätten die Fensterscheiben der Versammlungsstätten eingeschlagen. Vorladung zu den Behörden und ständige Diskriminierung der Methodisten wären damals „normal“ gewesen, so Voigt.

Eine Wechselgeschichte

Jochen Roth aus Lehrte/Niedersachsen schilderte, warum er in Hochspeyer als Pfarrer der Evangelischen Kirche der Pfalz seine Kirche verließ, um sich der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) anzuschließen. Er betreut seitdem als Pfarrer zwei SELK-Kirchengemeinden in der Nähe von Hannover.

Loslassen, um Neues zu erfassen

Ob „jeder Wechsel ein neuer Anfang“ sei, fragte der Pädagoge Reinhold Bühne, Rotenburg/Wümme, in seinem Referat über erziehungswissenschaftliche und biografische Aspekte eines Kirchenwechsels. Der

Referent hatte selbst einen Kirchenwechsel von der „Exklusiven Versammlung der Brüderbewegung“ („geschlossene Brüder“) zur Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers erlebt, sodass er sich seitdem in deren Gemeinde in Rotenburg engagiere. Laut Bühne sei ein Kirchenwechsel häufig durch einen Ortswechsel motiviert. Solch ein Wechsel erfolge oft in kleinen Entwicklungsschritten, bis er „ganz“ vollzogen sei. Ein Gemeindefwechsel könne aber auch dadurch verursacht werden, dass sich eine Gemeinde verändert. Deshalb stelle sich auch die Frage: „Wie können wir unsere Mitglieder zum Bleiben motivieren?“ Wer die Veränderung konstruktiv gestalte, könne dabei gewinnen. „Wer loslassen kann, kann Neues erfassen“, behauptete Bühne.

Um die religionssoziologische Perspektive ging es Professor Dr. Jörg Stolz, Lausanne. Er stellte Forschungsergebnisse hinsichtlich der „Einstellung zu Kirchen und Kirchenwechsel im Milieu evangelischer Freikirchen in der Schweiz“ vor.

Der Verein für Freikirchenforschung VFF wurde 1990 von Theologen und Historikern aus verschiedenen Freikirchen gegründet. Theologische und kirchengeschichtliche Fragen sollen wissenschaftlich aus freikirchlichem Blickwinkel beleuchtet werden. Darüber hinaus möchte der Verein Freikirchen bei der sachgerechten Archivierung von Quellenmaterial und beim Auf- und Ausbau von Archiven unterstützen. Die in Höchst gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2016 erscheinen soll.

Erteilung von evangelischem Religionsunterricht durch freikirchliche Lehrkräfte

Höchst im Odenwald/APD Unter welchen Voraussetzungen auch Lehrkräfte aus Freikirchen Evangelischen Religionsunterricht halten können, informierte der Jurist Dr. Harald Mueller bei der Frühjahrstagung des Vereins für Freikirchenforschung in Höchst im Odenwald. Mueller leitet das Institut für Religionsfreiheit an der Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten.

Rechtliche Grundlage und Vokationsordnung

Die rechtliche Grundlage, dass Kirchen an öffentlichen Schulen Religionsunterricht erteilen dürfen, gehe aus Artikel 7, Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland hervor, so Mueller. Der Unterricht werde in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Das

gelte nicht in einem Bundesland, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand (Artikel 141 GG – „Bremer Klausel“). So gebe es in der Freien Hansestadt Bremen an öffentlichen Schulen einen nicht bekenntnisgebundenen „Unterricht in biblischer Geschichte“, der nicht auf evangelischer, sondern auf allgemein christlicher Grundlage erteilt werde. In Berlin sei der Religionsunterricht ein Wahlfach, das nicht versetzungsrelevant ist. Im Bundesland Brandenburg finde der Religionsunterricht zwar in alleiniger Verantwortung der Religionsgemeinschaften statt, sei jedoch kein Pflichtfach.

Da in Deutschland Bildung Sache der Bundesländer ist, wären für die Ausgestaltung des Evangelischen Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen die Landeskirchen zuständig. Um das Fach Religion unterrichten zu können, benötigten die Lehrkräfte eine Vokation (kirchliche Bevollmächtigung). Vokationsordnungen, für welche die evangelischen Landeskirchen zuständig seien, gebe es entweder auf Bundesländerebene, etwa in Niedersachsen und Hannover, oder in den Grenzen der Landeskirchen, die nicht mit den Bundesländergrenzen identisch seien; so beispielsweise für die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und evangelische Nordkirche.

Diese Ordnungen stimmten nicht immer überein, erläuterte Mueller. Dennoch habe sich die Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2010 auf eine wechselseitige Anerkennung der Vocatio durch die Gliedkirchen der EKD geeinigt. Danach seien Grundvoraussetzungen, dass die Lehrkraft eine abgeschlossene staatlich anerkannte Ausbildung zum Lehramt mit Lehrbefähigung für das Fach Evangelische Religionslehre der betreffenden Schulart habe. Auch müsse die Unterrichtserlaubnis des Bundeslandes für dieses Fach vorliegen. Notwendig sei zudem die Bereitschaft, den Religionsunterricht nach Ordnung und Bekenntnis der jeweiligen Landeskirche zu erteilen. Außerdem sollte die Lehrkraft Mitglied einer Gliedkirche der EKD sein.

Freikirchliche Lehrkräfte

Lehrkräfte aus evangelischen Freikirchen könnten ebenfalls Religionsunterricht erteilen, wenn sie neben den Grundvoraussetzungen weitere Bedingungen erfüllten, erklärte der Jurist. Die Freikirche zu welcher die Lehrkraft gehört, müsse Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) des jeweiligen Bundeslandes oder der ACK Deutschland sein. Ein Austritt aus einer Landeskirche oder der Vollzug einer zweiten Taufe (nach der Kindertaufe auch eine Erwachsenentaufe) wäre in der Regel ein Ablehnungsgrund für eine Vocatio.

Die Freikirchen könnten mit den Landeskirchen auch

Vereinbarungen über die Erteilung von Evangelischem Religionsunterricht schließen. Solche Vereinbarungen gebe es zwischen dem Bund Freier evangelischer Gemeinden, dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden und der Evangelisch-methodistische Kirche mit bestimmten Landeskirchen. Auch die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) habe 1981 mit den Landeskirchen in Westfalen, im Rheinland und in Lippe sowie 2003 mit der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz derartige Sondervereinbarungen geschlossen. Diese würden jedoch nur für die Mitgliedskirchen der VEF nicht aber für deren Gastkirchen gelten, betonte Dr. Harald Mueller. Lehrkräfte, die einer Freikirche angehörten, die lediglich Gastmitglied der ACK oder der VEF seien oder der VEF und ACK überhaupt nicht angehörten, könnten nur durch eine Einzelfallprüfung die kirchliche Bevollmächtigung zur Erteilung evangelischen Religionsunterrichts erhalten. Müller schätzte in diesen Fällen die Aussichten auf eine Vocatio jedoch als gering ein.

„Spott über Gott“ - Religionskritik im Spannungsfeld von Pressefreiheit und Terrorgefahr

Berlin/APD Die Pressefreiheit und ihre Bedrohung durch religiös motivierte Gewalttaten waren Thema einer Podiumsdiskussion „Spott über Gott“. Dazu hatten die Friedrich-Naumann-Stiftung, Reporter ohne Grenzen und die Tageszeitung „Die Welt“ am 14. April Journalisten und Religionsvertreter eingeladen.

Nach den Worten von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, ehemalige Bundesjustizministerin und Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, sei nach dem Anschlag auf die Redaktion der französischen Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ die Angst ein Zensor. Dies stelle eine fundamentale Gefahr für die Pressefreiheit dar. Zu den universalen Menschenrechten gehöre das Recht der Presse, kritisch zu hinterfragen. Dies schließe auch den Spott ein. Kritische Fragen würden dort als gefährlich empfunden werden, wo ein absoluter Wahrheitsanspruch vertreten werde. Dabei richte sich die Kritik häufig nicht gegen Gott, sondern in Wirklichkeit gegen religiös begründete Herrschaftsansprüche und bestehende soziale Ordnungen, so Leutheusser-Schnarrenberger.

Der Vorstandssprecher von Reporter ohne Grenzen, Michael Rediske, warnte davor, die Pressefreiheit einzuschränken, um religiöse Gefühle zu schützen. Derzeit gebe es eine Koalition von Staaten, die Gotteslästerung zu einem international anerkannten Straftatbestand erheben und damit „die

Informationsfreiheit auf dem Altar der Religionsfreiheit opfern“ wöllten. Dass dies mit der Forderung nach dem Respekt vor Religion begründet werde, hielt Rediske für ein Scheinargument. Denn in der Regel werde nicht Respekt für eine andere Religion eingefordert, sondern nur für die eigene. Rediske wünsche sich beispielsweise auch Respekt für den Blogger Raif Badaw, der in Saudi-Arabien wegen seiner Äußerungen strafrechtlich verfolgt werde.

Emir Kovačević, Mitglied des Interreligiösen Rates von Bosnien und Herzegowina, betonte, dass sich Muslime seines Landes selbstverständlich zu den universalen Menschenrechten bekannten. Daher sei es notwendig, dass muslimische Gemeinschaften terroristische Anschläge verurteilten, die von Muslimen verübt würden.

Einen nüchternen Blick auf die Thematik offenbarte der Tagesspiegel-Karikaturist Klaus Stuttmann. „Wir Karikaturisten setzen uns nicht hin und zeichnen, um die Freiheit zu verteidigen. Wir setzen uns hin und versuchen, alles Mögliche zu verspotten, nicht nur Religion.“ Nach seiner Erfahrung sei ebenso Kritik an den christlichen Kirchen nur eingeschränkt möglich. Er verwies dazu auf den früheren bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der zum Schutz christlicher Überzeugungen eine Verschärfung des Blasphemieparagraphens gefordert habe. Stuttmann selbst habe nach dem Anschlag auf die „Charlie Hebdo“-Redaktion keine stärkeren Ängste als vorher. Größere Sorge bereite ihm die Feindseligkeit, die im rechten Spektrum und bei Pegida vorzufinden sei.

Ob es ein übergeordnetes Interesse der Gesellschaft geben könne, dass bestimmte Gruppen nicht gedemütigt und dadurch an den Rand der Gesellschaft gedrängt würden, fragte der Kirchenjurist Joachim Gärtner. Der Staat dürfe sich nicht mit einer Religion identifizieren, sondern müsse eine Heimstatt für alle Bürger ermöglichen, so der Oberkonsistorialrat in Ruhe. Konsequenterweise würden daher an Universitäten nicht nur christlich-theologische Fakultäten unterhalten, sondern auch muslimische Lehrstühle aufgebaut.

Kritik am „Gender-Gaga“: Birgit Kelle über die neue Leitlinie zur Geschlechterpolitik

München/APD Starke Kritik an den Auswüchsen des „Gender-Mainstreaming“ hat am 23. April die Journalistin und Autorin Birgit Kelle geübt. In München referierte sie im Rahmen einer Vortragsveranstaltung über Hintergründe und Folgen der deutschen Leitlinie zur Geschlechterpolitik. Gleichzeitig sprach sie sich

für die Stärkung eines Familienbildes aus, das den Mann nicht zum „Feind“ und Mutterschaft nicht zum „Problem“ stilisierere.

„Gender Mainstreaming“ unterscheidet zwischen biologischem und sozialem Geschlecht. Das soziale Geschlecht sei etwas Fließendes und könne nach dieser Theorie beliebig verändert werden. Dadurch solle, laut Kelle, die „heteronormative Matrix“, also das traditionelle Bild von Mann und Frau, aufgebrochen werden. Alle Geschlechter beziehungsweise sexuelle Orientierungen sollen gleichwertig nebeneinander gestellt werden.

Während sich Kelle gegen Diskriminierung und für Toleranz gegenüber anderen Orientierungen aussprach, schossen die aktuellen Bemühungen doch weit über das Ziel hinaus. „Völlig irre und nicht praktikabel“ sei beispielsweise der Leitfaden für gendersensibles Sprechen der Berliner Humboldt-Universität, der neue Deklinationen für geschlechtsneutrale Wortendungen vorschlägt. Auch würden immer neue Wörter gefunden, die angeblich sexistisch seien und nicht mehr verwendet werden dürften. Das Projekt des Gender-Mainstreaming verschlinge Steuergelder, sei ideologisch motiviert aber nicht demokratisch legitimiert.

Kelle kritisierte auch die Tendenz zur Fremdbetreuung von Kleinkindern. Warum es besser sei, Kinder zuhause zu erziehen, könne man mit einem Wort sagen: „Liebe“. In der Familie herrschten besondere Beziehungen. Diese könne man nicht als fremde Dienstleistung auslagern. Die Familiensituation lasse sich nicht künstlich herstellen.

„Familie kann ohne Staat existieren, aber Staat nicht ohne Familie“, gab Kelle zu bedenken. Die Mutter von vier Kindern ist Mitglied der CDU und konvertierte 2011 zur römisch-katholischen Kirche. Sie arbeitet freiberuflich als Journalistin und Publizistin und wurde durch ihre Bücher „Dann mach doch die Bluse zu“ und „Gender-Gaga“ sowie durch Auftritte in Fernseh-Talkshows einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

„Ein Flüchtling hat keine Heimat“ – Schoah-Überlebende berichtet

Friedensau bei Magdeburg/APD Anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsendes 1945 veranstaltet die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg am 29. April, 16 Uhr, in der Kulturscheune eine Gesprächsrunde mit der 1925 in Brandenburg an der Havel geborenen Jüdin Marga Goren-Gothelf, die heute in Israel lebt.

Das Thema Krieg, Vertreibung und Flucht hat von seiner

Aktualität nichts eingebüßt. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind gleichzeitig Phänomene, die immer wieder der Aufklärung bedürfen. Dieser Aufgabe hat sich Marga Goren-Gothelf verschrieben. An diesem Nachmittag können in einer Gesprächsrunde Fragen gestellt, Antworten gesucht und Ängste überwunden werden.

Zur Illustration dienen Sequenzen aus einem über sie gedrehten Film sowie Fotos aus den 1920er und 1930er Jahren. Der beste Beleg für das Wissen um die Geschichte ist jedoch die Zeitzugin selbst. Marga Goren-Gothelf ist keine verbitterte Frau, sondern sie beweist, dass erlittenes Unrecht nicht zwangsläufig neuen Hass und neue Gewalt hervorbringen muss. Es ist eine seltene Gelegenheit, eine Schoah-Überlebende, welche die Massenvernichtung der Juden überstand, zu treffen und mit ihr ins Gespräch zu kommen.

„Auf die Lehrer kommt es an“

Erster Adventistischer Bildungskongress

Darmstadt/APD Unter dem Motto „Auf die Lehrer kommt es an“ führt die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ihren ersten Bildungskongress in Deutschland durch. Er findet vom 14. bis 16. Mai im adventistischen Schulzentrum „Marienhöhe“ in Darmstadt statt.

Beim Kongressthema geht es um Werte und Persönlichkeit von Lehrern und Lehrerinnen. Dabei stellen sich unter anderem Fragen, wie: Von welchen Werten lasse ich mich prägen? Welche Werte steuern mein schulisches Handeln? Was macht eine für Schüler förderliche Lehrerpersönlichkeit aus? Was kennzeichnet eine adventistische Schule? Welche Rolle spielen Inklusion, Kooperation und Wertschätzung für mein Lehrerhandeln? Wie gehe ich mit Wertekonflikten um?

Zum Austausch über diese Fragen werden zehn Workshops angeboten. In ihnen geht es unter anderem um: Inklusion als Herausforderung für die Lehrer, Medienscouts – Orientierung im digitalen Dschungel, Friedenspädagogik in der Schule, Ungleichheit im Klassenzimmer, Wie lernen Kinder Vertrauen, Empathie und Solidarität?, Wertevermittlung und Lehrerpersönlichkeit an öffentlichen Schulen. Vorträge, Diskussionen und die Möglichkeit, auch persönlich ins Gespräch zu kommen, ergänzen das Angebot. Weitere Informationen unter: www.bildungskongress.org

Adventistische Schulen weltweit

Die Siebenten-Tags-Adventisten unterhalten mit weltweit 7.842 Schulen – von der Grundschule bis zur Universität – das größte protestantische

Bildungsangebot einer Kirche.

In Deutschland betreibt die Freikirche die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg mit den Fachbereichen Theologie und Christliches Sozialwesen, das Schulzentrum „Marienhöhe“ Darmstadt, mit Gymnasium, Kolleg, Real- und Grundschule sowie Internate, die „Freie Adventschule Oberhavel“ Oranienburg-Friedrichsthal (Grundschule), die „Immanuel-Gesamtschule“ Oranienburg-Friedrichsthal, die „Andrews-Advent-Grundschule“ Solingen, die „Daniel-Schule“ Murrhardt/Baden-Württemberg (Grundschule), die „Elisa-Schule“ Herbolzheim-Tutschfelden/Baden-Württemberg (Grund- und Realschule), die „Josia-Schule“ Isny im Allgäu (Grund- und Hauptschule mit Realschulzweig), die „Advent-Schule“ Heilbronn (Grundschule) sowie die „Salomo-Schule“ Rastatt (Grundschule). Hinzu kommen fünf Kindergärten (Hamburg, Berlin, München, Fürth, Penzberg/Bayern) und eine Heilpädagogische Tagesstätte für Vorschulkinder in Neuburg/Donau.

In der Schweiz unterhält die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten die Privatschule „A bis Z“ in Zürich (Primar- und Sekundarschule) sowie die Privatschule Altavilla (Kindergarten und Primarschule) bei Murten im Kanton Freiburg.

In Österreich gibt es an adventistischen Bildungseinrichtungen das Seminar Schloss Bogenhofen, St. Peter am Hart/Oberösterreich, Bezirk Braunau am Inn, mit Theologischem Seminar, Oberstufenrealgymnasium einschließlich Instrumentalmusik und Sprachinstitut („Deutsch als Fremdsprache“). Privatschulen betreiben die Adventisten in St. Peter am Hart (Volks-/Hauptschule), Klagenfurt (Volksschule), Linz (Volks-/Hauptschule), Lustenau/Vorarlberg (Volks- und Neue Mittelschule) sowie in Wien (Volks-/Hauptschule).

MEDIEN

Ganz Mensch sein

Lüneburg/APD Dem Phänomen einer ganzheitlichen Gesundheit nähert sich der Hauptbeitrag „Ganz Mensch sein“ in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Zeichen der Zeit“. Das Heft ist kostenlos erhältlich.

Die Bibel beschreibe den Menschen als ganzheitliches Wesen aus Körper, Seele und Geist, so Bernd Wöhner, Geschäftsführer des Deutschen Vereins für

Gesundheitspflege e. V. in seinem Artikel „Ganz Mensch sein“. Fühlen, Denken und Wollen seien genauso wie unser spirituelles Sein von intakten Körperfunktionen abhängig. Das Eine sei untrennbar mit dem Anderen verbunden: „Man kann sich den Menschen nicht als Gebilde mit unterschiedlichen Schichten vorstellen wie eine Sahnetorte“, betonte Wöhner.

Anhand eigener Erfahrungen beleuchtet Wöhner das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zum ganzheitlichen Wohlbefinden und zeigt die gesundheitsfördernde Bedeutung intakter Beziehungen auf. So wirke eine vegetarische Ernährung allein kaum auf die Gesundheit. Wenn aber andere Faktoren dazukämen, sei der Effekt ganz erheblich. Weitere Themen dieser Ausgabe II 2015 sind: „Zurück zu den Wurzeln des Abendlandes“ und „Liebeskelch leer? Fünf erfolgreiche Kelchfüller“.

„Zeichen der Zeit“ wird von der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland herausgegeben. Das Heft erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von etwa 90.000 Exemplaren. Es kann kostenlos in fast jeder Adventgemeinde bezogen werden und steht auch auf www.advent-verlag.de unter dem Reiter „Periodika“ zum Download zur Verfügung.

IMPRESSUM

Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,
Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland
Postfach 4260, 73745 Ostfildern
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,
E-Mail: info@apd.info
Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend), Mitarbeiter dieser Ausgabe: Dietmar Päschel
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen
- Druck: PR-Druck, 20539 Hamburg
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 Euro jährlich (inkl. Porto)
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 104, CH - 4020 Basel
Telefon +41-61-3117370
E-Mail: APD-CH@apd.info
Herbert Bodenmann (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland
20904-6600, USA
Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312
E-Mail: costaw@gc.adventist.org
Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)
- „adventisten heute“, Pulverweg 6, 21337 Lüneburg
Telefon 04131-9835-521, Telefax 04131-9835-502
E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de
Eli Diez-Prida (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe „APD“. Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie 18,5 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind rund 35.000 Mitglieder in 559 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.